

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Wittmer)
Fernsprecher Amt C 4000 Nr. 27 46

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
postzeitungsamt Nr. 3164

Inhalt: Im Anfang war die Tat! — Abschluß eines Kartellvertrages. — Die zweite Umänderung der Steuerzulage in Köln. — Aus den Stadiparlamenten. — Theaterarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Rundschau. — Inserat. — Totenliste.

Im Anfang war die Tat!

(Nüchterne Betrachtungen eines Feldgrauen.)

Eine der merkwürdigsten Erscheinungen im gegenwärtigen Weltkriege ist die große Hoffnungslosigkeit, der sich weite Kreise aller gesellschaftlichen Schichten bezüglich der Erfüllung ihrer sozialen Wünsche nach Friedensschluß hingeben. In der öffentlichen Behandlung dieser Fragen wie auch in persönlichen Ansprachen mit Angehörigen der verschiedenen Gesellschaftsschichten tritt ein Optimismus zutage, wie wir ihn in normalen Zeiten nicht begegnen.

Der Krieg, der viele alte Ueberlieferungen kurzerhand über den Haufen warf, hat in den Gemütern die Stimmung angelegt, daß manche Reform künftig leichter durchzuführen sei. Man baut auf das so hoch gepriesene „gegenseitige Vertrauen und Vertrauen“, Tugenden, die der Weltkriege in besonderer Maße gefördert habe. Und dann bekennt man den Verstand, die Nichtigkeit dieser Auffassung durch Hinweis auf die erzielten praktischen Ergebnisse zu betonen. Ohne diese Erregungswirkungen auch nur verkleinern zu wollen, muß aber immer wieder betont werden, daß diese aus der eisernen Not geboren wurden. Die Ueberzeugung von ihrer Notwendigkeit auch in Friedenszeiten ist noch lange nicht Allgemeingut geworden. Was weite Kreise lebhaft begehren, empfinden andere als harte Strafmahregel, der man sich, wenn auch widerwillig, fügen. Für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft wäre es geradezu verhängnisvoll, in diesem Optimismus restlos hinzugeben.

Aud doch begehen wir auch in unseren Kreisen einer so rosigten Auffassung der Lage nach dem Kriege. Gar zu oft wird man zum Schwarzseher geistempelt, wenn man den von Kritik über gegenübersteht und vor allzu großer Hoffnungslosigkeit warnt. Optimismus in allen Ehren! Er ist die treibende Kraft, wir können ihn in unserer Bewegung nicht entbehren. Solange sich mit ihm der starke Wille paart, das erhoffte Ziel zu erreichen, begreifen wir ihn freudig als Helfer und Förderer unserer Bestrebungen. Er wird aber gefährlich, wenn durch ihn die zu überwindenden Widerstände in die freundlichste Lage gesehen werden und als Folge die Gelähmung in der Entschlossenheit und Tatkraft eintritt. Nur uns gilt in besonderer Weise, stets an den Voraussetzungen zu arbeiten, auf deren Boden wir erst zur Verwirklichung unserer Hoffnungen gelangen können.

Betrachten wir die Wünsche der verschiedenen Gesellschaftsschichten, so ergibt sich daraus ohne weiteres, daß sie

nur unter gegenseitigen Reibungen zu erfüllen sind, genau wie es vor dem Kriege war. Es erwarten die konservativen Kreise eine Stärkung der Autorität und Staatsgewalt, die fortschrittlichen und sozialistischen Kreise eine Förderung des demokratischen Gedankens. Auf wirtschaftlichem Gebiet erwarten die Unternehmer eine gesteigerte Produktivität und damit erhöhten Gewinn, die Arbeiter dagegen rechnen mit einer höheren Bewertung ihrer Arbeitskraft, und sie erwarten ein gesteigertes Entgegenkommen auf sozialem Gebiet. Schon diese Aufzählung einiger weniger Wünsche und Forderungen dürfte die Schwierigkeiten erkennen lassen, die ihrer Erfüllung entgegenstehen werden. Es ist vorauszuahnende Arbeit und praktischer Optimismus, wenn wir uns jetzt schon mit den Voraussetzungen befassen, auf Grund deren wir unseren Forderungen Geltung verschaffen können.

Wie liegen nun die Dinge? Nach bald zweijähriger Kriegsdauer sind die Hoffnungen auf einen baldigen ehrenvollen Frieden immer noch nicht nähergerückt. Die gewalttätige und gründliche Unterbrechung unserer grundlegenden gewerkschaftlichen Tätigkeit dauert immer noch an. Wir waren uns bewußt, als wir den „Vorfrieden“ eingingen, daß wir große Opfer in der Zurückhaltung unserer berechtigten Bestrebungen bringen mußten. Aber trotzdem haben sich die Gewerkschaften restlos diesem vaterländischen Gebot untergeordnet. Die laufenden Lohnbewegungen wurden abgebrochen, neue nicht mehr in Angriff genommen, die ganze Tätigkeit wurde auf die Kriegsnotwendigkeiten eingeeicht. Bei dieser gekümmerten Selbstlosigkeit war die Hoffnung berechtigt, daß ein verständiges Entgegenkommen der anderen Seite uns diese Haltung erleichtern würde. Dies können wir leider nicht auf der ganzen Linie konstatieren. Es bedurfte vielmehr der Ansbietung aller Kräfte, selbst des Einwirkens der Zivil- und Militärbehörden, um Weitergehendes zu erhalten oder mitunter recht beiderseitigen Wünschen Geltung zu verschaffen. Viele Unternehmer vermindern eine Herabdrückung der Löhne, auch mit teilweisem Erfolg.

Dabei soll gerne anerkannt werden, daß sich auch Unternehmer und deren Organisationen, da wo Tarifgemeinschaften bestehen, für die Aufrechterhaltung derselben eingesetzt haben. Als die Lebensmittelpreise in unerhörter Weise in die Höhe gingen und damit die Gefahr der Unterernährung der arbeitenden Bevölkerung eintrat, fanden unsere Bemühungen auf Gewährung von Steuerzulagen nur wenig Verständnis. Man war in Unternehmerkreisen zunächst gar nicht geneigt, die Lasten des Krieges gemeinsam zu tragen. Auch unsere Stadtverwaltungen zeigten anfänglich kein Verständnis für die Nöte der Arbeiterchaft; monatlang wurde über Eingaben auf Gewährung von Steuerzulagen beraten und schließlich dann ein „Mäximum“ geboren, als der Berg lange genug gekreist hatte. Etwas besser stellte sich die Arbeiterchaft, die in der eigentlichen Kriegsindustrie Verdienste fand. Aber auch hier kann nicht einheitlich von ausreichenden Löhnen gesprochen werden. Besonders gilt dies im Hinblick auf die Frauen- und Jugendarbeit. Ziel-

Das Gerde von den fabelhaft hohen Arbeiterlöhnen mit den Entzuden nicht im Einklang steht. Die den Arbeitern durch Leterung und Wader auferlegten Lasten werden durch die tatsächlich erfolgten Lohnerhöhungen nur zu einem geringen Teil ausgeglichen.

Gracniffe hädtlicher Elektrizitätswerke. Im „Staatsbedarf“ be- rätet der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Mainz Dr. Kompel darüber. Trotz des Krieges haben die hädtlichen Elektrizitätswerke durchweg recht zufriedenstellend gearbeitet. Der Stromablauf mander Betriebe wies sogar im ersten Kriegsjahre 1914 eine weitere Zunahme gegen das Vorjahr auf, und die Mein- gewinne erreichten die in den letzten Vorkriegsjahren vorgezeichneten Niveaus und überschritten sie sogar in einzelnen Fällen. Der un- günstige Einfluß der Mobilmachung im August 1914, infolgedessen mander Fabriken ihren Betrieb plötzlich einstellen, wurde in den meisten Städten recht schnell überwunden. Sobald die industriellen Unternehmungen ihren Betrieb auf die Kriegswirtschaft eingestellt hatten und den Elektrizitätswerken dadurch ihre bisherigen Großab- nehmer für elektrische Kraft gesichert waren, wurde die stummen- dernde Aufwärtsbewegung der deutschen Elektrizitätswerke durch den Krieg nur noch kaum merklich unterbrochen. Die Nachfrage nach Elektrizität im großen und im kleinen ist ja eine stets steigende, seit dem besonders im Beginn des 20. Jahrhunderts die elektrotechnische Industrie erhebliche Fortschritte in der Anwendung des elektrischen Stromes für Beleuchtungs- und Maschinenantriebe und auch sonstigen Verbrauch gemacht hat. Ein Winderverbrauch an Strom aus Zentralerzeugnissen ist während des Krieges bei der Straßen- beleuchtung und seitens Dorfschüler und Ladeninhaber in allen Städten eingetreten. Diesem Winderverbrauch stand aber ein Mehr- verbrauch zahlreicher Haushaltungen entgegen, die sich infolge der Versteigerung zum Bezuge des elektrischen Lichtes entschlossen und so auch den neuen Ansehmer der Elektrizitätswerke sein werden. Elektrizitätswerke, die sich größeren Arbeiten mit Vorkriegsaufträgen ange- schlossen haben, erzielten meist eine außerordentlich große Strom- abgabe für Kriegszwecke, entsprechend der intensiven Verdrängung dieser Unternehmungen. Die Betriebsergebnisse hädtlicher Elektrizitäts- werke sind herborragend günstig. Beispielsweise betrug der Strom- ablauf der hädtlichen Elektrizitätswerke in

Table with 3 columns: City, 1913/14, 1914/15. Rows: München, Nürnberg, Straßburg, Mainz.

Die Steigerung betrug also bei dem Wert in München 1401.000, in Nürnberg 177.000, in Straßburg 3156.000, in Mainz 865.000 Mil- lionenwattstunden. Das Elektrizitätswerk in Straßburg, das die größte Zunahme des Stromablaufes im Jahre 1914 aufweist, hat auch nach dem schon vorliegenden Bericht im zweiten Kriegsjahre 1915 eine weitere Steigerung der Stromabgabe erzielt. Im Jahre 1915 wurden 37886.000 Millionenwattstunden mehr abgegeben, also 1724.000 mehr als im Jahre 1914 und 1895.000 mehr als im Jahre 1913. Der Bericht der Direktion über die Zunahme ausdrücklich auf die vergrößerte Stromabgabe für Kriegszwecke an die Industrie mit Vorkriegsaufträgen zurück. Das große „Kommunale Elektrizitätswerk Mainz“ in Mainz in Wehrhan, das von verschiedenen Stadtgemeinden in der Form einer Aktiengesellschaft betrieben wird und zahlreiche wesentliche An- dertungen mit elektrischem Strom versorgt, hat auch bereits über das zweite Kriegsjahre berichtet. Die Erweiterung dieses Unter- nehmens geht unruhig vorwärts. Die Stromerzeugung, die im Jahre 1914 allerdings von 70 Millionen Millionenwattstunden im Jahre 1915 auf 67 Millionen zurückging, liegt im Jahre 1915 auf 74,7 Millionen. Der Anstieg war also im letzten Jahre um 3,7 Mil- lionen Millionenwattstunden größer als im Jahre 1914. Dies günstige Ergebnis beruht hauptsächlich darauf, daß 20 neue Großkraftanlagen, fast durchweg industrielle Unternehmungen, dem Werk angeschlossen wurden.

Entsprechend dem gestiegenen Stromablauf haben die meisten Werke auch während der Kriegszeit bedeutende Betriebserweiterungen vorgenommen. Die Maschinenanlagen der Zentrale wurden ver- größert, die Hoch- und Niederspannungselwerke erweitert, die Umformer- stanionen vermehrt und viele Elektrizitätsmeter und Lampen bei den neuen Anschlüssen installiert. Auch automatische Schaltwerke für Freipendeländerung wurden in großer Anzahl neu gesetzt. Auch den vorliegenden Bericht wird auch im laufenden Jahre 1916 der Fort- schritt der Werke an Wehrhan, Mainz, Jülich und Glatzungen nicht hinter dem der Vorjahre zurückbleiben.

Eingegangene Schriften und Bücher

„Dokumente zum Weltkrieg“. Herausgegeben von Eduard Bernheim Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer 68, m. b. H., Berlin Das 11. Heft dieser Sammlung: „Das deutsche Wehrbuch“, 2 Teil, liegt nunmehr vor. Preis in Pfl. Das Heft enthält die Wiedergabe der Be- schlussungen der „Norddeutschen Allgemeinen Versammlung“. In betreffen sind diese Protokolle durch alle Buchhandlungen sowie direkt vom Verlag

Guter Rat.

Wenn du, weils seht dem Vieh an Futter, Nur Butterkorn kriegst statt Butter, Wenn du entläßt dem Reichgenuch, Nicht weil man will, nein, weil man muß. Wenn du von dem gewonnenen Vier Dem Preis zulieb trinkst zwei statt vier, Jedes die fünfzig Tabakstener Zehret beintlich deines Stammes Feuer, Nur, wenn die Zeit dich zwicht und wack, So daß die Hut dich schietlich packt, Dann schimpfe, lieber Freund, o schimpfe Auf dieses Tafeins Jammerkumpfe, Auf jeden schimpf, den dein Verdacht Für diese Wirt habhor macht, Entnimme dem „großen Vrethm“ die Ramen Ter wülden Tiere und der zahmen Unrabm' damit sein Montersei, Ach das tut gut, das Herz wird frei! Und dann geh wieder in dein Loch, Denn — weiterzerren muß du doch.

Gottlieb im „Tag“.

Totenliste des Verbandes.

- List of names and dates: Paul Fuhrmann, Breslau; Theodor Santler, Stuttgart; Sebastian Hierl, München; H. Schultenburg, Hamburg; Robert Wende, Breslau; Georg Seib, Waldan; Reinh. Michling, Howawes; Franz Ziegler, Altona.



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

- List of names and dates of fallen soldiers: M. Budheim, Mühhl. i. Rh.; Rudolf Schalles, Cassel; Hermann Immann, Berlin; Carl Schenblich, Dresden; G. Matthes, Mühhlhanf. i. Rh.; Frdr. Schuster, Regensburg; Chr. Menkel, Barmen; Johann Spanka, Spandau; Oswin Göh, Cimmischau; K. Weisenborn, Mühhl. i. Rh.; Otto Kribbke, Henkolln; Friedrich Zick, Lichtenberg; A. Rohde, Kirch Hammelwrd.; O. Zimmermann, Hannover.

Ehre ihrem Andenken!

Verlag: In Betreff der... Druck: Buchverlag Vorwärts Paul Singer & Co., Berlin SW. 95, Landwehr 1.

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Wittmer)
Fernsprecher: Amt Cuhoro Nr. 27 46

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt: Im Anfang war die Tat! — Abschluß eines Kartellvertrages. — Die zweite Umänderung der Teuerungszulage in Köln. — Aus den Stadtparlamenten. — Theaterarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Rundschau. — Inzerat. — Totenliste.

Im Anfang war die Tat!

(Müchterns Betrachtungen eines Feldgrauen.)

Eine der merkwürdigsten Erscheinungen im gegenwärtigen Weltkriege ist die große Hoffnungslosigkeit, der sich weite Kreise aller gesellschaftlichen Schichten bezüglich der Erfüllung ihrer sozialen Wünsche nach Friedensschluß hingeben. In der öffentlichen Behandlung dieser Fragen wie auch in persönlichen Ansprachen mit Angehörigen der verschiedenen Gesellschaftsschichten tritt ein Optimismus zutage, wie wir ihn in normalen Zeiten nicht begegneten.

Der Krieg, der viele alte Ueberlieferungen kurzerhand über den Haufen warf, hat in den Gemütern die Stimmung ausgelöst, daß manche Reform künftig leichter durchzuführen sei. Man baut auf das so hoch gepriesene „gegenwärtige Vertrauen und Vertrauen“, Tugenden, die der Weltkrieg in besonderem Maße gefördert habe. Und dann bekennt man den Versuch, die Richtigkeit dieser Auffassung durch Hinweise auf die erzielten praktischen Ergebnisse zu bekräftigen. Ohne diese Ermügendheiten auch nur verkleinern zu wollen, muß aber immer wieder betont werden, daß diese aus der eisernen Not geboren wurden. Die Ueberzeugung von ihrer Notwendigkeit auch in Friedenszeiten ist noch lange nicht Allgemeingut geworden. Was weite Kreise lebhaft beklagen, empfinden andere als harte Kriegsmaßregel, der man sich, wenn auch widerwillig, fügt. Für die gewerkschaftlich bewußte Arbeiterklasse wäre es geradezu verhängnisvoll, diesem Optimismus restlos hinzugeben.

Nach doch begegnen wir auch in unseren Kreisen einer hoffnungslosen Auffassung der Lage nach dem Kriege. Gar zu oft wird man zum Schwarzgeher gestempelt, wenn man den eigenen kritischen Augenüberleht und vor allzu großer Hoffungslosigkeit warnt. Optimismus in allen Ehren! Er ist die treibende Kraft, wir können ihn in unserer Bewegung nicht entbehren. Solange sich mit ihm der starke Wille paart, das erstrebte Ziel zu erreichen, begreifen wir ihn freudig als Helfer und Förderer unserer Bestrebungen. Er wird aber schädlich, wenn durch ihn die zu überwindenden Widerstände in freundlichen Tönen gelehrt werden und als Folge der Gelassenheit in der Entschlossenheit und Tatkraft eintreten. In uns gilt im besonderen Maße, stets an den Vorankommen zu arbeiten, auf deren Boden wir erst zur Verwirklichung unserer Hoffnungen gelangen können.

Betrachten wir die Wünsche der verschiedenen Gesellschaftsschichten, so ergibt sich daraus ohne weiteres, daß sie

nur unter gegenseitigen Reibungen zu erfüllen sind, genau wie es vor dem Kriege war. Es erwarten die konservativen Kreise eine Stärkung der Autorität und Staatsgewalt, die fortschrittlichen und sozialistischen Kreise eine Förderung des demokratischen Gedankens. Auf wirtschaftlichem Gebiet erwarten die Unternehmer eine gesteigerte Produktivität und damit erhöhten Gewinn, die Arbeiter dagegen rechnen mit einer höheren Bewertung ihrer Arbeitskraft, und sie erwarten ein gesteigertes Entgegenkommen auf sozialem Gebiet. Schon diese Aufzählung einiger weniger Wünsche und Forderungen dürfte die Schwierigkeiten erkennen lassen, die ihrer Erfüllung entgegenstehen werden. Es ist voraussetzende Arbeit und praktischer Optimismus, wenn wir uns jetzt schon mit den Voraussetzungen befassen, auf Grund deren wir unseren Forderungen Geltung verschaffen können.

Wie liegen nun die Dinge? Nach bald zweijähriger Kriegsdauer sind die Hoffnungen auf einen baldigen ehrenvollen Frieden immer noch nicht nähergerückt. Die gewaltsame und gründliche Unterbrechung unserer grundlegenden gewerkschaftlichen Tätigkeit dauert immer noch an. Wir waren uns bewußt, als wir den „Vorkriegsfrieden“ eingingen, daß wir große Opfer in der Zurückhaltung unserer berechtigten Bestrebungen bringen mußten. Aber trotzdem haben sich die Gewerkschaften restlos diesem vaterländischen Gebot untergeordnet. Die laufenden Vorkriegsbewegungen wurden abgebrochen, neue nicht mehr in Angriff genommen, die ganze Tätigkeit wurde auf die Kriegsnotwendigkeiten eingeleitet. Bei dieser gekürzten Selbstlosigkeit war die Hoffnung berechtigt, daß ein verständiges Entgegenkommen der anderen Seite uns diese Haltung erleichtern würde. Dies können wir leider nicht auf der ganzen Linie konstatieren. Es bedurfte vielmehr der Anbiederung aller Kräfte, selbst des Einwirkens der Zivil- und Militärbehörden, um Bestehendes zu erhalten oder mitunter recht beiderseitigen Wünschen Geltung zu verschaffen. Viele Unternehmer verdrängten eine Herabdrückung der Löhne, auch mit teilweisem Erfolg.

Dabei soll gerne anerkannt werden, daß sich auch Unternehmer und deren Organisationen, da wo Tarifgemeinschaften bestehen, für die Aufrechterhaltung derselben eingesetzt haben. Als die Lebensmittelpreise in unerhörter Weise in die Höhe gingen und damit die Gefahr der Unterernährung der arbeitenden Bevölkerung eintrat, fanden unsere Bemühungen auf Gewährung von Teuerungszulagen nur wenig Verständnis. Man war in Unternehmungskreisen zunächst gar nicht geneigt, die Lasten des Krieges gemeinsam zu tragen. (Auch unsere Stadtverwaltungen zeigten anfänglich kein Verständnis für die Räte der Arbeiterklasse; monatlang wurde über Einräben auf Gewährung von Teuerungszulagen beraten und schließlich dann ein „Wänlein“ geboren, als der Berg lange genug gestrichelt hatte.) Etwas besser stellte sich die Arbeiterklasse, die in der eigentlichen Kriegswirtschaft Beschäftigung fand. Aber auch hier kam nicht einheitlich von arbeitenden Löhnen gesprochen werden. Besonders gilt dies im Hinblick auf die Frauen- und Jugendarbeit. Bei-

fach müßte die Gewerkschafts- und Tagespresse die eingetragenen Zustände brandmarken, mußten die Militär- und Zivilbehörden mobilisiert werden. Dabei erfreuten sich die Unternehmer eines großen Entgegenkommens durch die Außerkräftigung von Bestimmungen über den Jugendschutz und den Schutz der weiblichen Arbeitskräfte in den industriellen Betrieben. Finden die auf Lohnserhöhungen und ausreichenden Schutz der Arbeitskraft gerichteten Bemühungen den Widerstand der Unternehmerkreise, so die geforderten sozialen Maßnahmen das Mißtrauen der Besitzenden überhaupt. Man erinnere sich nur der Einwände und Widersprüche gegen eine halbwegs ausreichende Unterstützung der Kriegerfamilien und der durch den Krieg in Not Geratenen. Mit welchem Gleichmut haben viele Gemeindeverwaltungen der Not des Volkes gegenübergestanden, wie wenig sind in vielen Fällen selbst die von eben kommenden Erlasse beachtet worden. Es bedurfte und bedarf immer noch der dauernden Einwirkung der Vertreter der Arbeiterschaft, um den Bedürftigen zu ihren Ansprüchen zu verhelfen. Überall finden wir mangelndes Verständnis den Volkswerten gegenüber.

Das wichtige Gebiet der Lebensmittelförderung ist zum Sammelpfad habgieriger Spekulant geworden. Schlimmer hat die „große Zeit“ gegenseitigen Vertreibens und Entgegenkommens nirgends verfaßt als auf diesem Gebiet. Durch die mangelhaften und jaghaften Maßnahmen einerseits und durch die egoistische Ausnutzung der Konjunktur durch Erzeuger und Händler andererseits wurde ein Zustand der Not herbeigeführt wie er schlimmer nicht anzudeuten ist. Trotz großer Erbitterung trägt das Volk diesen Zustand mit einer Ruhe und Geduld, die man mitunter wünschte, es würde den Lebensmittelproduzenten entschieden entgegenzutreten. Nicht durch unangelegene Schimpfereien oder lärmende Demonstrationen, sondern durch Zusammenfassung aller Kräfte und entschiedener Betonung der notwendigen Maßnahmen. — Zu erinnern ist auch daran, daß man einer umfassenden Arbeitslosenversicherung wie auch einer großzügigen Arbeitsvermittlung bisher aus dem Wege gegangen ist. Die bestehende Novelle zum Reichsvereinsgesetz, die den volkswirtschaftlichen und rechtlichen Anfechtungen gegenüber den Gewerkschaften den Boden entziehen soll, findet den heftigen Widerstand der rechtsliebenden Parteien und ihres Anhangs. Und zeigen die bürgerlichen Parteien Neigung, durch eine Befreiung der tragschweren Schultern die dem Reiche nötigen Mittel zu gewähren? Eingebürgert sind Steuererlagen auch vor dem Kriege nicht behandelt worden als die gegenwärtig zur Verfügung stehende. Auch diesmal soll der Löwenanteil der aufzubringenden Summen aus indirekten, den Verbrauch und Verkehr treibenden Steuern aufgebracht werden. Mit allen Mitteln wird gearbeitet, die leistungsfähigen Kreise schonend zu umgehen.

Diese Aufzählung genügt, um zu erkennen, welche Schwierigkeiten wir noch während des Krieges zu überwinden haben. Liegt erst die Kriegszeit abgeschlossen hinter uns, so treten die Interessengegenstände noch mehr hervor. Damit seien wir abtrotzt nichts Neues. Wer als Gewerkschaftler die im heutigen Produktionsprozeß wirkenden Kräfte erkannt hat, kann andere Erwartungen nicht hegen. Mit der Rückkehr zu normalen Zeiten findet die Ankämpfung, trotz der neuen Erscheinungen, die der Krieg zeitigte, dort statt, wo wir vor dessen Ausbruch gestanden haben. So sehr der Krieg als Erneuerer gewirkt wird, die Wirkung der Wüsterung der Klassen- und Interessengegenstände kann er nicht haben. Die durch ihn geforderte Ankämpfung des Kapitals, der Mühen vieler kleinen und mittleren Existenzen, die gewalttätig herabgedrückte Lebenshaltung weiser Volkskreise muß neue Verbindlichkeiten der Gegenseite und der künftigen sozialen Stämme herbeiführen.

Kann ist die Frage aufzuwerfen: Finden uns diese Momente gerettet, daß sie mit Aussicht auf Erfolg abgehandelt werden können? Die Antwortung dürfte zeigen, daß wir keinen Grund haben zu optimistischer Selbsttäuschung. Wir wissen

heute noch nicht, wie stark die Widerstände des Unternehmertums uns gegenüber sein werden; aber wir wissen, daß wir nicht die volle Kraft in die Waagschale werfen können, über die wir vor dem Kriege verfügten. Die Gewerkschaften haben große materielle Einbußen erlitten. Den gewaltigen Ausgaben stehen stark verminderte Einnahmen gegenüber. Die Mitalliedergaben sind aus verschiedenen Ursachen zurückgegangen, und sie erreichen zunächst auch nicht den früheren Stand, selbst dann nicht, wenn alle, die gegenwärtig im Heeresdienst stehen, reiflos zurückkehren würden. Dies wird aber nicht der Fall sein. Die Blutopfer der Gewerkschaften sind groß und es werden dadurch oft schwer erzielbare Verluste eintreten. Dann kommt in Betracht, daß nicht nur die Gewerkschaften als Organisationen eine lange und tiefgehende Unterbrechung ihrer eigentlichen Tätigkeit erfahren haben, sondern auch viele Mitglieder sind ihrer bisherigen Tätigkeit, ihrem gewerkschaftlichen Fühlen und Denken entfremdet worden. Dies gilt in erster Linie von den im Heeresdienst Stehenden. Wer täglich unter diesen weilt, muß dies zu seinem größten Bedauern beobachten. Und da Hunderttausende in Arme kommen, bedeutet diese Tatsache eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Zukunft unserer Organisationen. Entfremdet der militärische Dienst mit einem ganz anders gearteten Gesetzen den Gewerkschaftler schon seiner bisherigen Gedankenwelt, so können wir uns so weniger von den uns bisher noch fernstehenden erwarten, daß sie durch die Schule des Krieges veranlaßt werden, ohne weiteres, das heißt ohne unser Zutun, zu uns zu stehen.

Wer auf die herrschende Unzufriedenheit mit dieser Lage zu große Hoffnungen setzt, wird diese bald als trügerisch erkennen müssen. Es wird jetzt zwar viel geredet und räsonniert. Aber diese Ausbrüche dienen meist der eigenen egoistischen Entlastung, man schimpft sich mal den Aegerer von der Seele. Doch werden, alter Erfahrung gemäß, unbekannte Dinge sehr rasch vergehen, sobald wieder bessere Verhältnisse eingetreten sind.

Aber auch die Zurückgebliebenen unterziehen teilweise anderen Gesetzen als in Friedenszeiten. Die in der Kriegsindustrie Beschäftigten haben nicht die nötige Beweglichkeit zur Vertretung ihrer gewerkschaftlichen Interessen und zur Anwendung der gewerkschaftlichen Methoden. Trotz ihnen doch vielfach die Einberufung, wenn sie sich den herrschenden Verhältnissen nicht unterordnen wollen. Die Unternehmer verfügen durch die tatsächliche Beschränkung der Freizügigkeit über ein Machtmittel, das sie in Friedenszeiten nicht besitzen. Den in der Kriegsindustrie Beschäftigten droht bei der früheren Betonung gewerkschaftlicher Forderungen häufig Arbeits- und Verdienstlosigkeit. Und wie wir in Friedenszeiten ein Abflauen der gewerkschaftlichen Tendenz der einzelnen beobachten können, so können wir auch jetzt dieselben Erfahrungen machen. Die weiterverbreitete Ansicht, daß man jetzt, weil Krieg ist, seine Interessen nicht im gewöhnlichen Maße vertreten könne, trägt das Jähre bei, daß auch dort, wo dies tatsächlich noch möglich wäre, eine Erlahmung eintritt. Das sind Wirkungen der Kriegsepidemie, die zu erkennen für uns von großer Bedeutung ist.

Die angedeuteten Bemerkungen zeigen uns aber auch die Wege, die wir zu gehen haben im Interesse der notwendigen Lösung unserer Organisationen. Die Hauptaufgabe in der Lösung dieser Probleme fällt selbstverständlich den in der Heimat Wirkenden zu. Der Gewerkschaftler als Soldat kann durch Aufklärung im Mannesordenkreis wirken, soweit dies in den eng gezogenen Grenzen des militärischen Lebens überhaupt möglich ist. Freie Mannesradikalität vorkommend und beratend eingreifen, wo Hilfe und Rat nötig sind, sind seine Mittel, mit denen er Zukunftsarbeit leisten kann.

Biel ummaßender sind die Aufgaben der Dabeinabgebliebenen. Von der verständigen und geordneten Betätigung auf allen Gebieten der weiterentwickelten Kriegskunst wird es abhängen, wie das Vertrauen zu den Arbeiterorganisationen gestärkt und gestützt wird. Die wachsende materielle

Nur eröffnet den Gewerkschaften wie dem einzelnen ein großes Tätigkeitsfeld. Den in der Lebensmittelversorgung auftretenden Schwierigkeiten haben wir die Mittel, die in der Organisation und in der Einheit des Handelns liegen, entgegenzusetzen. Unsere Bemühungen auf Erlangung von Zulassungs- und Lohnzulagen, um Erhöhung der Unterstützung für Kriegsfamilien und Arbeitslose müssen unentwegt fortgesetzt werden. Wo sich Erbitterung und Verzerrung breitmacht, ist diese in die richtigen Bahnen zu lenken. Wir dürfen nicht zugeben, daß sich unreife und wirre Ideen in den Köpfen der Notleidenden festsetzen und diese zu unüberlegten Handlungen verleiten. Der fortschreitenden Ausbeutung der Frauen und Jugendlichen muß im Interesse der Volksgesundheit entschieden gesteuert werden. Das muß uns zur Organisation dieser der Industrie neu zugeführten Arbeitskräfte führen. Wir dürfen in der Verarbeitung nicht erlahmen, weil nur in der Heraushebung aller Kräfte die Gewähr für den vollen Erfolg gegeben ist. Wo neben der materiellen Not die seelische hinzukommt, erwachsen uns besondere Pflichten. Den strickerfrauen und -kindern müssen wir Schutz und Hilfe angebreiten lassen in der Vertretung ihrer Ansprüche und Rechte. Damit erleichtern wir auch die seelische Not, die besonders dort groß ist, wo der Gatte oder Vater ein Opfer des Weltkrieges geworden ist. Groß sind die Aufgaben, die wir entsprechend unseren Grundfäden gerade jetzt in der Jugenpflege zu erfüllen haben. Auf die fortbreitende Ausnützung der jugendlichen Arbeitskräfte ist bereits hingewiesen. Wir müssen uns um die förderliche geistige und sittliche Entwicklung unseres Nachwuchs kümmern. So bietet sich allen Verehrlichen ein innerweltliches Feld solidarischer und erzieherischer Tätigkeit. Es gilt weiter, den kritischen Sinn zu schärfen den unerbörten Geheißnissen und all den neuen Erscheinungen gegenüber, die der Krieg mit sich bringt. Weisen wir aber auch mit aller Entschiedenheit die „Fremde“ zurück, die in Verkennung der Lebensnotwendigkeiten des Volkes von einer Zerstückelung unserer Kräfte das Heil erwarten. Für dieses neue Evangelium darf es keinen Mann bei uns geben. Bekennen wir uns laut und entschieden zu der bisherigen Kriegspolitik der Gewerkschaften. Diese verstoßt uns die Voraussetzungen für unsere Zukunft für die Verwirklichung unserer gewerkschaftlichen Forderungen und sittlichen Ideale. Können wir unsere Aufgaben in diesem Sinne auf, so bleibt keine Zeit, sich reponiert abheben zu stellen oder in falscher Hoffnungslosigkeit die Dinge sich entwickeln zu lassen ohne bewußte Einwirkung auf ihre Gestaltung. Dann finden uns die kommenden Kämpfe erwartet und aus dem Wünschen und Hoffen erwächst

die befreiende Tat! —gb.—

Abschluß eines Kartellvertrages

wischen dem Verbande der Maschinisten und Heizer und dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Am 1. Oktober vorigen Jahres gingen die einer privaten Initiative aborigen Berliner Elektrizitätswerke in die Hand der Stadt Berlin über. Der größte Teil der in diesem Werke beschäftigten Arbeiter und Handwerker gehörte keiner Organisation an. Ein Teil des technischen Maschinenpersonals war schon der Maschinisten und Heizer organisiert. Bald nach Kommunalübernahme des Betriebes traten die dort Beschäftigten an ihre Ortsverwaltung Berlin heran mit dem Ersuchen, die Interessen in dem nunmehr städtischen Elektrizitätswerke aufzunehmen. D diesem Ersuchen wurde natürlich Folge geleistet. Wir, die Maschinisten und Heizer, traten teils recht unerwartete Beziehungen mit dem Verbande der Maschinisten und Heizer, der den Betrieb, sein altes Agitationsgebiet, gelehrt glaubte. Zwischen den Differenzen waren Gegenstand mehrfacher Verhandlungen zwischen den beiden Organisationsinstanzen. Der städtische Ausschuss der Berliner Gewerkschaften sowie auf der nationalen Ebene kamen als Vermittler mit der Ortsverwaltung in Verbindung. Es ist nunmehr unter Würdigung der Interessen beider Verbände zwischen den beiden Organisationen ein Kartellverträge geschlossen, durch den ver-

einigtlich die Differenzen endgültig beigelegt worden sind. Nachstehend der Wortlaut des Vertrages:

Vertrag

zwischen dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Ortsverwaltung Groß Berlin, und dem Kartellverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands, Ortsverwaltung Groß Berlin.

§ 1. Der Zweck des Vertrages ist die Vermeidung von Grenzstreitigkeiten durch Feststellung und Regelung der Grenzen, sowie ein gedeihliches Zusammenarbeiten bei Lohnbewegungen und in der Agitation.

§ 2. a) Der Verband der Maschinisten und Heizer ist die zuständige Organisation für die in den Stadt- Elektr. Werken Berlins beschäftigten Maschinisten, Heizer, Schlichter, Wasserwärter und Kranführer; die letzteren nur, soweit sie an Maschinen mit motorischer Kraft beschäftigt sind. b) Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter ist die zuständige Organisation für die in den städtischen Elektrizitätswerken Berlins beschäftigten Jährarbeiter, Monteur, Kohlenarbeiter, Kohlenarbeiter, Gasarbeiter, sowie die ungelerneten Arbeiter.

§ 3. Jede unlautere Agitation ist beiderseits streng zu vermeiden. Jeder Hinweis auf höhere Unternehmungen, niedrigere Beiträge hat zu unterbleiben. Beide Verwaltungen verpflichten sich, bei Reklamationen jeweils nach § 2 des Vertrages zu verfahren. Dergleichen bestimmt auch der § 2 des Vertrages die zuständige Organisation für solche Mitglieder, welche durch gemeinsame Agitation gewonnen werden.

§ 4. Der gegenwärtige Besitztum beider Verbände soll gewahrt bleiben. Es darf kein Druck auf solche Mitglieder ausgeübt werden, welche innerhalb der Grenzen des anderen Verbandes vorübergehend beschäftigt sind oder längere Zeit dem anderen Verband angehören resp. ein Vertrauensamt bekleiden. Treibt ein Mitglied auf Grund des § 2 freiwillig über, so hat es sich bei seiner früheren Organisation ordnungsgemäß abzumelden. Die Verträge sind bis zum Abverleihen zu begeben. Persönliche Differenzen mit Ortsverwaltungen und Funktionären oder Unzufriedenheit mit den Maßnahmen der Ortsverwaltungen dürfen als Hebermittlungsgrund nicht gelten.

§ 5. Lohnbewegungen, an denen beide Organisationen beteiligt sind, werden gemeinschaftlich beraten und durchgeführt.

§ 6. Zugehörigkeit eines Mitgliedes zu beiden Organisationen ist nicht zulässig. Verzeichnisse von ausgeschlossenen Mitgliedern sind auszutauschen. Zweckes Verständigung über alle tatsächlichen, organisatorischen Maßnahmen und organisatorische Fragen gemeinsamer Natur finden nach Bedarf beider Verwaltungen gemeinsame Sitzungen statt.

§ 7. Die Mitglieder, Vertrauensleute und Funktionäre beider Organisationen sind zur geraden Beachtung und Befolgung des Vertrages verpflichtet. Weidwerden über Unzuträglichkeiten anlässlich des Vertrages sind an die Ortsverwaltungen zu richten. Die Ortsverwaltungen verständigen sich gegenseitig und schlichten die Weidwerden auf schriftlichem Wege oder durch mündliche Aussprache.

Berlin, den 1. Mai 1916.

Für den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Groß Berlin.

Fritz Müntner, Karl Hoffmann.

Für den Verband der Maschinisten und Heizer, Filiale Groß Berlin.

Otto Schmidt, Karl Jacobel.

Wir müssen uns von dieser unwürdigen Tollheit freimachen, die uns in letzter Zeit zu sehr beherrscht und die England als eine Art verräterischer Kriechgeheuer ausbreitet. Ich liebe es nicht, daß die Deutschen von Senegalnegern getötet werden, obwohl diese auf unserer Seite stehen. Ich gewöhne mich nicht an den Gedanken, daß die Gurthas den Deutschen den Hals abschneiden. Ich will damit nicht sagen, daß diese fremden Massen minderwertiger sind als wir, aber ich liebe es nicht, daß sie der höheren Zivilisation die Schie abschneiden; ich gewöhne mich nicht an den Gedanken, daß London, Paris und Berlin von diesen Volkerverschämern geplündert werden könnten. Deutschland hat diese Art Truppen nicht. Sie sind alle Deutsche und verstehen alle die Rechte in derselben Sprache. Das ist eine der Sachen, die uns sehr zu denken geben sollten. Es ist auch unnötig zu behaupten, wir hätten Deutschland niemals einzuführen geplant oder versucht. Sicherlich haben wir es getan und sind augenblicklich froh, es getan zu haben. . . .

Bernhard Shaw.

frage für die weitere Dauer des Krieges, das heißt bis zum Schlusse des Rechnungsjahres, zu dem der Kette geschlossen wird, zu gewahren. — Etwas mehr Entgegenkommen wäre wohl auch in Anstadt inäthlich gewesen, zumal schon im vorigen Jahre wie auch in diesem Jahre die Arbeiter auf ihren Urlaub verzichten mußten, weil es an Arbeitern mangelt. Freilich, wenn man die Arbeiter ungenügend bezahlt, bekommt man keine neuen Kräfte. Um so mehr sollte es anerkannt werden, daß die alten Arbeiter mit dem wenigen Lohn ihre Arbeitsstelle nicht verlassen, obwohl man auch ihnen mehr als einmal Gelegenheit geboten hat, lohnendere Arbeit zu erhalten! Mögen unsere Kollegen die richtige Lehre daraus ziehen.

Uttlingen bei Markstraße. Im Sommer dieses Jahres hat der Stadtrat für die städtischen Arbeiter eine Feuerungszulage von 30 Pf. pro Woche gewährt. Veranlaßt durch die enormen Preissteigerungen, reichte unsere Kasse am 6. April den Antrag ein, die Zulage auf 30 Pf. zu erhöhen. Der Stadtrat hat diesen Antrag Ende April ebenfalls aus finanziellen Rücksichten abgelehnt. Keine Durchführung hätte schätzungsweise 1000 bis 1500 Pf. erfordert. Auch ein Standpunkt! Das Erüben um Wiedergewinnung des seit Kriegsausbruch aufgehobenen Erholungsurlaubes wurde ebenfalls abgelehnt.

Salle (Saale). In der Stadtverordnetenversammlung vom 2. Mai hat es bei Beratung einer Eingabe der städtischen Arbeiter zu dem befristeten Zusammenhören zwischen den sozialdemokratischen Stadtverordneten und dem Vorsteher, Magistrat Dr. Meil, Stadtverordneter Hoffmann berichtet, daß sich der Soziale Ausschuß mit der Eingabe beschäftigt habe und zur Vorkonferenz empfinde, daß man nicht anmaßend sei, etwas an den gegenständlichen Löhnen zu ändern. Aber die höhere Feuerungszulage hätte der Ausschuß nicht für ausreichend und empfiehe ihre Erhöhung. Zum Besten der Beschäftigten der Wochenfeiertage empfiehe der Ausschuß die Erhöhung der Lohnsätze für die Arbeiter. In Anbetracht der Lage der Arbeiter, die während des Krieges eine Urlaubserhöhung erhalte, die aber während des Krieges nicht ausreicht, um die Arbeiter zu erhalten, empfiehlt der Ausschuß, die Arbeiter zu unterstützen, immer wieder ihre Wünsche vorzubringen, bis sie befriedigt wären. Das sei durchaus keine Koralle. Urlaub wie erteilt werden, da die Arbeiter während des Krieges sehr anstrengt werden wären und endlich sollten die schon länger ersprechenden Arbeiterausschüsse geschaffen werden, dann könnten die Arbeiter besser behandelt werden. Stadtm. Grobel (Soz.) im Hinblick auf Erhöhung der Feuerungszulage ein und beantragt, täglich 90 Pf. fürs Kind zu gewähren. Die Bezahlung der Wochenfeiertage müßte eine Selbstverständlichkeit sein. Die Gewährung von Urlaub an die Arbeiter sei nur eine Gerechtigkeit, wenn die Beamten Urlaub erhielten, könnte man die Arbeiter nicht zurückstellen. Jetzt kam es hier zum ersten Aufstand mit dem Vorsteher. Grobel hatte gesagt, der Vorsteher solle bei seinen Ausführungen, daß seien es wohl böhmische Dörner, wenn verlangt werde, daß die Stadt mit von den Arbeitern wählten Vertretern verhandle, denn sonst müsse der Vorsteher tun, daß eine ganze Menge Verträge und Kooperationen mit Arbeitern und Organisationsvertretern verhandle. Der Vorsteher antwortete, daß er sich zunächst Kritik seiner Geschäftsführung verweigern, im übrigen sei ihm aus dem Abgeordnetenhaus bekannt, daß die Sozialdemokratie verlange, daß überall mit Organisationsvertretern verhandelt werde, aber es sei richtiger, nur mit Arbeitern zu verhandeln, die etwas davon verstehen, nicht mit bezahlten Anwälten. Stadtm. Eberburg (Soz.) führt aus, daß ein weiterer Unterschied bestehe in der Behandlung der Beamten und der Arbeiter. Die Beamten erhielten turnusgemäß ihre Zulage, die Arbeiter aber mußten um jeden Feinpfennig Zulage extra bitten und erhielten oftmals dann noch nichts. Sollte man Beamten Willen, müsse es auch bei den Arbeitern möglich sein, berechtigten Wünsche zu erfüllen, aber da würden die meisten von Verbesserungen abgelehnt, und kein Schamgefühl habe sie. Hier kam es zu heftigen Unterbrechungen und zum ersten Ordnungsruf für Stadtverordnete Eberburg. Als Eberburg weiter ausführte, daß der Soziale Ausschuß nur eine halbe Stunde vor der Sitzung getauft habe und daß diese ungenügende Sitzung geradezu eine Misachtung der Arbeiter bedeute, kam wieder zu heftigen Unterbrechungen und zum zweiten Ordnungsruf. Wobei einer der bürokratischen Herren den bezüchlenen Präsidentenruf machte: Das soll wohl in die Sitzung kommen! Ein anderer Herr sagte, daß die Stimmung für die Arbeiter ungünstig gewesen sei, aber ob sie nach solchen Ausführungen noch sei, bezweifle er. Als verdrängte Dankschreiben hätten die Gesamtverbände zu veranlassen. Es sollte nun auf Antrag des Vorstehers die gesamte Eingabe dem Magistrat zur Prüfung übermitteln werden. Stadtm. Hoffmann beantragte die Berücksichtigung aller Anträge. In der Abstimmung wurde der Antrag, den Wunsch der Arbeiter auf Erhöhung der Feuerungszulage dem Magistrat zur Berücksichtigung zu übermitteln, angenommen. Die übrigen Punkte der Eingabe jedoch nur dem Magistrat zur Prüfung übermitteln. Unter Urteil zu den Verhandlungen fassen wir in den Worten zusammen: Sie sind

und bleiben ganz die Alten! — In der letzten Stadtverordnetenversammlung nun wurde dem Magistratsbeschlusse beigetreten, monach die Feuerungszulagen für die städtischen Arbeiter ab 1. Mai wie folgt erhöht werden sollen: für Familien mit einem Kind auf 270 Pf. wöchentlich, mit zwei Kindern auf 300 Pf., mit vier Kindern auf 340 Pf., mit fünf Kindern auf 370 Pf., mit sechs Kindern auf 400 Pf., mit sieben Kindern auf 430 Pf. Für jedes weitere Kind werden wöchentlich 90 Pf. mehr gewährt. Die Kosten sind für sechs Monate auf rund 157.000 Pf. veranschlagt. Durch diesen Beschluß wird die Eingabe der städtischen Arbeiter, soweit die Lohnfrage betroffen wird, für erledigt erklärt. Die weiteren Punkte der Eingabe, Sommerurlaub, Bezahlung der Wochenfeiertage wurden dem Magistrat zur schleunigsten Erledigung überwiesen. Die Kritik der sozialdemokratischen Stadtverordneten und die Eingabe der Arbeiter wäre also doch nicht ganz erfolglos geblieben. Hoffen wir, daß der Magistrat auch die weiteren Anträge recht bald erledigt. Wir möchten aber nicht unterlassen, unseren Kollegen recht eindringlich zu empfehlen, ihre Organisation noch weiter zu stärken. Nach dem Kriege werden wir allem Anschein nach noch manchen heftigen Streit auszufechten haben.

Seibelsberg. Der Stadtrat hat auf unsere Eingabe vom 8. Februar am 17. April mit Wirkung vom 1. April ab die Feuerungszulagen erhöht. Diefelben betragen nunmehr: 1. für verheiratete Arbeiter, die vor dem 1. Juli 1915 eingetreten sind, pro Tag 30 Pf., sowie Minderzulagen von 4 Pf. monatlich für ein Kind, 7 Pf. für zwei Kinder, 10 Pf. für drei, 12 Pf. für vier Kinder, für jedes weitere Kind 3 Pf. mehr. 2. Ledige Arbeiter, die vor dem 1. Juli 1915 eingetreten sind, erhalten 20 Pf. pro Tag. 3. Alle Arbeiter, die nach dem 1. Juli 1915 eingetreten sind, erhalten eine Vorkonferenz von 10 Pf. täglich; Verheiratete erhalten dazu eine Zulage von 1,50 Pf. monatlich für jedes Kind. 4. Diefelben Bestimmungen gelten sinngemäß auch für die Arbeiterinnen. Eine Höchstlohngrenze für Arbeiter ist nicht vorhanden. Für die Beamten gelten vorstehende Sätze, in Monatsätze von 7,50 bzw. 5 bzw. 2,50 Pf. umgerechnet, bis zu einem Jahresgehalt von 2600 Pf. bei Verheirateten, 2400 Pf. bei Ledigen.

Jena. Im November beantragte der Arbeiterausschuß, auch den ledigen Arbeitern, die bisher leer ausgegangen waren, eine Zulage zu gewahren. Es hat ziemlich lange gedauert, bis dieser Antrag seine Erledigung gefunden hat. Erfreulicherweise kann jetzt eine wesentliche Verbesserung der Feuerungszulagen berichtet werden. Ab 1. April 1916 werden Feuerungszulagen gewährt an ledige Personen also auch weibliche in Höhe von 6 Pf. monatlich, Verheiratete erhalten monatlich 10 Pf. und außerdem für jedes Kind unter 15 Jahren 3 Pf. monatlich. Die Entkommenhöchstgrenze, bis zu welcher die Zulagen gewährt werden, sind bei ledigen Personen auf jährlich 1800 Pf., bei verheirateten ohne Kinder auf 2300 Pf., bis mit vier Kindern auf 2700 Pf., bei mehr als vier Kindern auf 2900 Pf. festgesetzt worden. Verwitwete und geschiedene Personen mit eigenem Haushalt stehen verheirateten ohne Kinder, solche ohne eigenen Haushalt den ledigen Personen gleich. — In der gleichen Sitzung des Gemeinderates wurde auch über eine bessere Unterstützung der Kriegserkrankten beraten. Der Finanzdirektor wurde beauftragt, baldigst eine Vorlage hierüber vorzulegen, außerdem soll für die Kriegserkrankten lohnende Beschäftigung gesucht werden.

Kaiserslautern. Auf eine Eingabe unserer Kasse vom 20. März hat der Stadtrat am 28. April eine Feuerungsregelung der Feuerungszulagen mit Wirkung vom 1. Mai ab beschlossen. Es erhalten: 1. Ledige, Verwitwete, Geschiedene ohne Kinder mit einem Lohn oder Gehalt bis 1200 Pf. wöchentlich 1 Pf. (bisher nichts); Verheiratete mit einem Lohn oder Gehalt bis 2500 Pf. wöchentlich 1,50 Pf. (bisher 1 Pf.); mit ein Kind unter 15 Jahren 2 Pf. (bisher 1,50 Pf.), für jedes weitere Kind 50 Pf. pro Woche mehr (bisher bei zwei Kindern 2 Pf., drei und mehr Kindern den Höchstfuß der Zulage mit 2,50 Pf. wöchentlich). 2. Den Hilfsbedürftigen wird eine Gehaltserhöhung von 50 Pf. pro Tag zugestimmt. 3. Pensionierte Arbeiter und Beamte erhalten eine Feuerungszulage, und zwar bei einer Pension bis 800 Pf. jährlich 120 Pf. pro Jahr, von 800 bis 1600 Pf. 50 Pf. pro Jahr. Der Aufwand für die frühere Zulage betrug für 1915: 5461 Pf. für die jetzige Zulage bei Ziffer 1: 15.021 Pf. pro Jahr, Ziffer 2: 7700 Pf., Ziffer 3: 2500 Pf. Die Beschlässe wurden auf entsprechende Vorschläge des Bürgermeistersamt gefaßt. Das sind also Zulagen von etwa 1,40 Pf. monatlich für Ledige, 6,50 Pf. für Verheiratete und 2,15 Pf. für jedes Kind. Man muß gehen; viel weniger hätte die Stadtwirtschaft nicht tun können; die Zulage ist mehr als bescheiden, besonders wenn man bedenkt, daß die Löhne der städtischen Arbeiter in Kaiserslautern sehr niedrig sind und der Zeit nach eine Revision notwendig wäre. Stellvertretender Bürgermeister ist für den eingetragenen Bürgermeister Müller der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Gensse Hoffmann.

Landau i. d. Pf. Auf Antrag unserer Kasse vom 20. April um Erhöhung der Feuerungszulage um 10 Pf. hat der Magistrat am 27. April eine Erhöhung von 20 Pf. beschlossen, welcher die

Stadtvorordneten am 5. Mai zustimmen. Die Zulage beträgt dem 60 Pf., wäre also nicht gerade schlecht, wenn die Löhne nicht so außerordentlich niedrig wären. Vollständige Arbeiter erhalten nämlich nur 3 10 Mk., beim Vorüberweisen nur 3,20 Mk., nicht voll leistungsfähige Arbeiter gar nur 3, 2,50 und 2,60 Mk., ein 10-jähriger Arbeiter gar nur 2,20 Mk. Da sind also 60 Pf. Zulage gewiß nicht zuviel. Die neue Zulage tritt ab 1. Mai in Kraft.

Mühlhausen i. G. Hauptächlich auf Verreiben der Stadtwaltung ist im vorigen Jahr mit lebhafter Zustimmung der christlichen Arbeitersekretäre im Gemeinderat unsere Eingabe um Feuerungszulage — abgelehnt worden. Nun hat Ende April Reichstagsabgeordneter Genosse Emmel im Gemeindevorstand unsere Forderungen wieder aufzuheben und einen diesbezüglichen Antrag eingebracht. Am 11. Mai nun beschloß der Gemeindevorstand einstimmig ab 1. April eine Feuerungszulage von 5 Mk. monatlich für Verheiratete ohne Kinder, 9 Mk. mit 1 Kind, für jedes Kind 2 Mk. mehr im Monat; Ledige dagegen leer aus. Das ist für Mühlhäuser Verhältnisse herzlich ungenügend. Die dortige Parteiverzerrung trägt auch nicht wenig zu diesem kläglichen Resultat bei.

Naumburg (Saale). Die langen Bemühungen unserer Kollegen, eine Zulage zu erhalten, sind jetzt endlich von Erfolg gekrönt. In der Sitzung vom 20. Mai 1916 beschloß die Stadtwaltung, allen städtischen Arbeitern ohne Ausnahme eine Unterstützung von vierzehntel je 26 Mark zu gewähren. Das wäre monatlich 2 Mk. In Wahrheit wäre nur, daß diese Unterstützung nicht etwa erst am Vierteljahresabschluss, sondern mindestens allmonatlich ausgezahlt würde, damit wäre den Arbeitern mehr zu dem. Hoffen wir, daß dies die Stadtwaltung jetzt einsehen wird.

Neußölln. Die Arbeitslosenkommission setzte in ihrer letzten Sitzung die Feuerungszulage für Beamte, Bedienstete und Verheirateten mit einem Gehalt von 2000 bis 3000 Mk. wie folgt fest: bei einem Kind monatlich 8, zwei Kindern 11 und bei drei und mehr Kindern 18 Mk. Die Unverheirateten mit einem Gehalt von 3000 bis 4000 Mk. erhalten bei zwei Kindern 8 und bei drei Kindern 14 Mk. im Monat. Die städtischen Arbeiter mit hundertereiner Familien erhalten neben der bisherigen Zulage noch eine Einrentenzulage von 12 Pf. pro Tag und Kind bis zum 16. Lebensjahre beträgt. Die Gewerbesteuerzulage wird vom 1. April ab gezahlt.

Konowes. Auf die Eingabe der Gemeindevorsteher hat der Gemeindevorstand die bisherige Feuerungszulage verdoppelt. Es erhalten ab 1. April Unverheiratete 6 Mk., Verheiratete 12 Mk. und für jedes Kind 3 Mk. monatlich.

Birmalsen. Die städtischen Kommissionen haben einen am 1. März eingereichten Antrag unserer Kollege, die vorjährige Zulage von 2 auf 3 Mk. wöchentlich zu erhöhen, abgelehnt, so daß er nicht einmal ins Plenum des Stadtrats kam. Also nicht ein Verlangen erfüllt, sondern dritter Mißge. So werden in Birmalsen Arbeiterforderungen behandelt, nachdem im letzten Jahre der zuständige Herr Magistrat Stömmel in großem Maße hervorgehoben hatte, daß Birmalsen sogar noch weiter als Kaiserlautern gehe. Kaiserlautern geht gewiß nicht weit, Birmalsen aber noch weniger.

Mahatt. Der Gemeinderat hat den Gasarbeitern anfangs Mai eine Lohnzulage von 25 Pf. pro Tag gewährt. Der Gasdirektor kam nun nichts Günstigeres zu tun, als die Lohnzulage als Feuerungszulage anzusehen. Da dies durch den späteren Wegfall eine Verschlechterung bedeuten würde, sind gegen die Maßnahme des Direktors Schritte eingeleitet.

Schöneberg. In der Stadtvorordnetenitzung vom 22. Mai wurde unter anderem beschlossen: Die Kraftwagenführer der Straßenreinigung sollen auf ihren dienstfreien Sonntag verziehen und für die drei Arbeitstagen einen Lohnzuschlag von 100 Proz. erhalten. Genosse Müller verlangte, den Betrag auf mindestens 150 Prozent zu erhöhen. Der Magistratsvorschlag gelangte darauf zur Annahme. — Hierauf kam die von dem Magistrat vorgeschlagene Erhöhung der Feuerungszulage für die städtischen Arbeiter und Angestellten zur Debatte. Der Staatssekretär beantragte außer den vorgeschlagenen Sätzen, die Einkommensgrenze von 3000 auf 4000 Mk. zu erhöhen, ferner noch Personen, die ein Einkommen von mehr als 4000 bis 5000 Mk. beziehen, eine Unterstützung von 4 Mk. für jedes Kind zu gewähren. Nach der Magistratsvorlage werden nämlich monatlich erhalten Arbeiter und Beamte mit einem Jahreseinkommen bis 3000 Mk.: Verheiratete ohne Kinder und Ledige mit eigenem Haushalt 12 Mk., mit einem Kind 18 Mk., mit 2 Kindern 24 Mk., mit 3 Kindern 30 Mk., mit 4 Kindern 36 Mk. und für jedes weitere Kind 6 Mk. mehr. Ledige oder Rentniere ohne eigenen Haushalt erhalten 6 Mk. Ferner bekommen monatlich Verheiratete Arbeiter und Beamte ohne Kinder und Ledige ohne eigenen Haushalt, die ein Jahreseinkommen von 3001 bis 4000 Mk. beziehen, 6 Mk., mit 1 Kind 10 Mk., mit 2 Kindern 14 Mk., mit 3 Kindern 18 Mk., mit 4 Kindern 22 Mk. Von einer Erhöhung des Lohnzuschlages für Kraftwagenführer in den Zahlen wurde keine Vermutung, da in früheren Jahren eine Erhöhung stattgefunden und eine Verschlechterung nicht zu erwarten ist. Nach Zustimmung durch die Kollegen wurde diese Vorlage einstimmig angenommen.

Rein. Die Stadtwaltung hat beschlossen, ab 1. April 1916 die den städtischen Arbeitern bisher gewährten Feuerungszulagen zu verdoppeln. Die Zulagen betragen nämlich für Ledige Arbeiter wöchentlich 1 Mk., für Verheiratete bis mit zwei Kindern 2 Mk., bei mehr als zwei Kindern 3 Mk. Die Laternenwärter erhalten auf ihre Eingabe die Hälfte obiger Zahl, also bis zu 50 Pf., verheiratete bis zwei Kinder 1 Mk., mehr als zwei Kinder 1,50 Mk. wöchentlich.

Erholungsurlaub.

Kiel. Den städtischen Arbeitern wird in diesem Jahre der volle Urlaub nach den Bestimmungen der Arbeitsordnung gewährt. **Köpenick.** Durch Ausschlag in den Betrieben wurde den städtischen Arbeitern erlassen, daß in diesem Jahre bis 5 Tage Urlaub gewährt werden. Für die weiteren, den Arbeitern nach der Arbeitsordnung zustehenden Urlaubstage soll eine besondere Berücksichtigung gezeigt werden; wie diese aber gedacht ist, darüber sagt der Verfassung des Magistrats nichts. Die Arbeiter nehmen aber als selbstverständlich an, daß der erlangte Urlaub mit dem vollen Lohn entschädigt wird.

Theaterarbeiter

Bonn. (Theaterarbeiter.) Eine sehr gut bekannte Veranlassung der Theaterarbeiterinnen und Arbeiter lagte am 20. Mai im Lokale des Herrn Werthmann. Es wurde Stellung zu der Feuerungszulage und zu den sonstigen Forderungen genommen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter können es nicht verstehen, daß die Forderungen immer solange hinauszugeschieben werden, wenn nicht eine Heeresmit werden die Forderungen gestellt, sondern die Not zwingt die städtischen Arbeiter zu diesen Aktionen. Die Voller der Arbeiterinnen entsprechen durchaus nicht den heutigen Verhältnissen und die Hauspersonal erreicht nicht einmal den Satz des ersatzlichen Lohnes. Es sei wirklich an der Zeit, über die Mittel zu schaffen. Wenn die Arbeiterinnen, welche im Lokal anwesend waren, an den Tag gesetzt wird, erheben die Arbeiterinnen auf anderer Seite. Sie empfehlen den Herren Stadtvorordneten, den Antrag, sowie er vom Gemeinderat und Staatsrat genehmigt, erledigt ist, nur so schnell wie irgend möglich anzunehmen. Es müsse aber den Arbeitern erwidert, als wolle man den Antrag nur noch weiter in die Länge ziehen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter werden die Verschlechterung — in Wirklichkeit bietet es mehr — gerne mit in den Kauf nehmen. Nachdem noch der Kollege Buchelt Tüschendorf auf die Kommissariat der Erziehung hingewiesen hatte und von den Verammelten verwickelt wurde, für den Verband zu arbeiten, wurde die außerordentliche Versammlung geschlossen.

Aus unserer Bewegung

Bonn. (Feuerungszulage.) Nach Herorts haben die städtischen Arbeiter ungenügend unter der bestehenden Feuerungszulage zu leiden. Die bewilligten Feuerungszulagen reichen bei weitem nicht aus, um die Mehrausgaben des Arbeiterhaushalts zu decken. Aus diesem Grunde wurde unter dem 8. Mai dem Herrn Oberbürgermeister ein Antrag um eine weitere Erhöhung der Feuerungszulage von 75 Pf. pro Tag und Verheirateten um weitere Auf diesen Antrag wurde nun der Ausschuss des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter eine Mitteilung des Herrn Oberbürgermeisters zugeandt, die dahin geht, daß die Feuerungszulage um 70 Proz. erhöht sei und dieselbe ab 1. Mai nämlich betrage für Unverheiratete bisher 1 Mk., jetzt 1,50 Mk. pro Woche für Verheiratete ohne Kinder bisher 1,50 Mk., jetzt 2,25 Mk., pro Woche; für Verheiratete mit 1 bis 2 Kindern bisher 2 Mk., jetzt 3 Mk. pro Woche; für Verheiratete mit 3 bis 4 Kindern bis 2,50 Mk., jetzt 3,75 Mk. pro Woche; für Verheiratete mit 5 bis 4 Kindern bisher 3 Mk., jetzt 4,50 Mk. pro Woche. Wenn die Erhöhung der Feuerungszulage anerkannt werden soll, können die Arbeiter aber nicht umhin, als auch diese nur eine Erhöhung als bei weitem nicht ausreichend zu bezeichnen. Die bisher bewilligte Feuerungszulage steht in keinem Verhältnis der Steigerung der Lebensmittelpreise. Wenn den Arbeitern ein Ausgleich nicht geschaffen wird, so würde mancher Arbeiter genötigt sein, sich in einer anderen, besser bezahlten Industrie nach Beschäftigung umzusehen. Der Stadtwaltung wäre hiermit durchaus nicht gedient; denn mit einem solchen Verlust in den Betrieben doch mehr zu schaffen wie mit Unzufriedenheit. Aus diesem Grunde rufen die Arbeiter an den Herrn Oberbürgermeister und die Herren Stadtvorordneten die Bitte, ihren Antrag vom 8. Mai einer radikaleren Fassung untergeben. An den folgenden Verhandlungen traten aber die Arbeiter ein auf den 20. Mai, 20. und 21. Mai, und es wurde die Verhandlung in mehreren Sitzungen fortgesetzt. Die Arbeiter der Kommune nahmen an der Verhandlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Teßau. Am 25. Mai fand unsere ordentliche Monatsversammlung im Saal statt. Kollege H. C. ... gab den Sachverhalt ... Bericht von der am 13. April an den Magistrat ... Gemeinderat bewilligte in der ... am 4. Mai eine Feuerungszulage an ... Arbeiter und Arbeiterinnen, bei einem Wochenverdienst bis 18 Mk. 15 Pfg., von 18 bis 24 Mk. 10 Pfg., über 24 Mk. 5 Pfg. ...

Teßau. Unsere Eingabe an den hiesigen Gemeinderat um ... am 13. April dieses Jahres ist wieder erfolgreich gewesen. Der Gemeinderat hat in einer Sitzung am 4. Mai ... beschlossen, zu den bereits bewilligten Feuerungszulagen noch folgende zu bewilligen: „Die ... Arbeiter und Arbeiterinnen, welche einen Wochenlohn bis 18 Mk. verdienen, erhalten eine Zulage von 15 Pfg. ...“

Meißen. In einer Versammlung am 11. April beschloß ... der Bescheid des Ausschusses mit einer Feuerungszulage ... Magistrat ...

Seib. Bescheid sind von den Magistratsarbeitern ... Strafen ...

Zerstückung der Gewerkschaftsorganisationen zu bemühen, hingewiesen wird. So wird besonders die Taktik des Arbeitgeberverbandes für das Paugewerbe unter die Lupe genommen, dessen Vorgehen bei den Tarifverhandlungen nicht mehr und nicht weniger bedeute, als den Versuch zur Sprengung der Tarifgemeinschaften und der Gewerkschaftsorganisationen. Weiter geht der Bericht auf die volkswirtschaftlichen Umgestaltungen ein, auf die starke Zunahme der Frauenarbeit, die schon heute von einem Teil der Unternehmer bemerkt wird, sowie auf die Arbeit der Jugendlichen, denen durch den Krieg eine Rolle im Produktionsprozess zugewiesen ist, die sie mit großer Verantwortlichkeit bekleidet, noch ehe sie körperlich, geistig und moralisch dazu reif sind. In allen diesen Tatsachen sieht der Berichterstatter die Notwendigkeit eines gemeinsamen Zusammenwirkens der verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen auch noch dem Kriege. Die einzelnen Organisationen sind durch den Krieg stark betroffen worden. Die Zahl der Mitglieder in den christlichen Gewerkschaften war bis Ende 1915 auf rund 100.000 gesamtgewachsen, die Zahl der zum Wehrdienst Einberufenen auf etwa 152.500 gestiegen. Es wird aber die Hoffnung ausgesprochen, daß die gewerkschaftlichen Organisationen durch die demnächstigen Mitglieder eine starke Aufwärtsbewegung erleben werden. In diesem Zusammenhange kommt der Berichterstatter auch auf die „Gestaltung der Dinge im sozialdemokratischen Lager“ zu sprechen, in dem sich die Verhältnisse so zuspitzen hätten, daß von einer völligen Spaltung geredet werden könne. Zeit habe, doch durch die Zuspitzung die Massen in den sozialistischen Gewerkschaften durcheinandergeworfen würden und eine heillose Verwirrung entließe. Dadurch würden aber die Interessen aller Arbeiter berührt, die gerade jetzt für eine Geschlossenheit auf der ganzen Linie wirken müßten. Diese Sorge erscheint wirklich ganz unbegründet. Zunächst haben wir von einer Spaltung in den freien Gewerkschaften bisher nicht das geringste gemerkt, und der gesunde Sinn der sozialistisch gesinnten Arbeiter wird sie vor einer derartigen Fellei bewahren. Wenn der Berichterstatter aber weiter auf den Streit in der sozialdemokratischen Reichsorganisation übergeht und den Streit der Mitglieder als eine Mission bezeichnet, die entscheidende Verantwortung und Befähigung verleihe, so lammiert er sich um Dinge, die ihm verzeihlich wenig angehen, und die er ruhig der Beurteilung der sozialdemokratischen Partei überlassen mag. Wie die Mitgliederzahlen, so haben auch die monatlichen Beiträge der christlichen Organisationen einen starken Rückgang zu verzeichnen. Die Einnahmen des Generalsekretariats betragen sich um 55.500 Mk., die Ausgaben um 42.500 Mk. Der Rückgang in den Einnahmen ruht in der Hauptsache von den Beiträgen her, die im Jahre 1914 noch 81.400 Mk., 1915 aber nur 43.100 Mk. betragen. Eine Minderung der Ausgaben wurde durch starke Ersparnisse am „Zentralblatt“, an Sekretariatsausgaben und den Anhaltenskosten erzielt.

● **Rundschau** ●

Einer für alle und alle für einen. Wie oft wurde dieser Gedanke nicht gepredigt beim Militär, wie oft wird er nicht gerade heute als eine der Grundregeln der Kriegsdziplinen hingestellt. Müssen wir ihm etwa widersprechen? Nein, könnte es sein, wo der Gedanke doch der Grundzug gerade unserer Idee geworden ist. Der Unterschied ist nur der, daß man den Gedanken nur für das militärische Leben verlangt, während wir ihn zum leitenden Geheiß des ganzen menschlichen Zusammenlebens gemacht haben wollen, und wenn der Gedanke auch bei unserer heutigen Lebensordnung noch nicht in vollem Umfange praktisch durchführbar ist, so verlangen wir doch, daß man ihm wenigstens seinen Geltung verschafft als es heute möglich ist. Wenn man aber das Leben von heute auch nur oberflächlich betrachtet, da findet man, daß nicht einer für alle leidet, sondern jeder für sich sorgt und daß dieses selbständige Handeln z. B. auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung trotz all der tausend Forderungen und Erfolge gar in der widerständlichen Weise möglich ist? Soll der Gedanke: alle für einen und einer für alle, praktisch durchgeführt werden, dann muß das praktische Leben, die wirtschaftliche Ordnung zunächst einmal in diesem Sinne gestaltet sein. Die Wirtschaftsordnung muß aufgebaut sein auf der sozialen Gemeinschaft. Und darum bleiben all die schönen Lehren nichts als graue Theorie. Gerade die heutige Zeit, der Wandel von heute zeigen uns nur zu deutlich, daß zu einem friedlichen Leben eine neue Wirtschaftsordnung gebohrt, und daß einer für alle nur leben kann in einer neuen sozialen Wirtschaftsgemeinschaft.

Die Arbeitskämpfe 1915 im Vergleich zu den Vorjahren. Der Monatsbericht gibt an der Hand einer tabellarischen Tabelle einen Überblick über die Ausstände und Ausperrungen 1915 im Vergleich zu den Vorjahren. Danach fällt noch mehr als für das Jahr

● **Aus den deutschen Gewerkschaften** ●

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1915. Der Ausschuss ...

1914 die Streikstatistik für das Jahr 1915 aus dem Rahmen der regelmäßigen Entwicklung der Arbeitskämpfe heraus. Während im das Jahr 1914 die sieben Friedensmonate den Gesamtumfang der Arbeitskämpfe dieses Jahres auf einer immerhin noch erheblichen Höhe hielten, fielen die entsprechenden Zahlen des Jahres 1915 unter die niedrigsten bisher beobachteten Jahresziffern. Nur 111 Arbeitskämpfe (137 Streiks und 4 Ausperrungen), welche sich über 185 Betriebe erstreckten, von denen 38 zum Stillstand kamen, und im ganzen 12.866 Arbeiter, welche an diesen Kämpfen als Streikende oder Ausgeperrte beteiligt waren, wurden im Jahre 1915 gezählt. Demgegenüber betrug die Zahl der Streikenden und Ausgeperrten zusammen in den Jahren 1890 bis 1903 durchschnittlich jährlich 96.439, in den Jahren 1904 bis 1908 durchschnittlich 279.817, in den Jahren 1909 bis 1913 durchschnittlich 327.553 und im Jahre 1914, das mit seiner letzten Hälfte in die Kriegszeit fällt, 451.140.

Den Kriegswunder vorausgesehen hat der bekannte Lustspieldichter Heinrich von 1901 1902 vor circa 50 Jahren. Die „Wiener Arbeiter Zeitung“ berichtet darüber: „In Strauss' „Jüdisch und Goldfernes“ liest man folgendes Zwiegespräch, als das Heer des Goldfernes vor den Toren Verhulbens steht: Ammon: Was sagt du, Solca, mein Freund? Solca: Was soll man da sagen, sie stehen drängen voran Tor. Ammon: Aber werden sie stehen bleiben drängen? Nein, sie werden drängen herein. Solca: Wir werden ihnen verächtlich die Tore. Ammon: Dann werden sie uns zer-mären! Solca: Zernieren, was ist das? Ammon: Zernieren, das ist a Mäander, wo die Metzgermesser feige auf ein'n Gauden; wo sie die Milch werden bringen auf die Böer' und auftragen mit langen dem Gold; wo's Hundschick a wilde Karrier wird, daß einer den anderen modert schwächen. Solca: Da können wir machen a Weidman. Zwischen wir zuzamm'. Ammon: Zuzamm'zuzuehen? Der Goldfernes und sein' Arnee? Solca: Was, Goldfernes? Wir fischen zusammen' all unser Gold und laufen alles auf, was is Ehbares in der Stadt; wenn dann wird kommen die Hungersnot, präntieren wir 200 Prozent. Ammon: Da verhungern wir dann als reide Reut'."

„Eine sozialdemokratische Feldpost“. Zur sachlichen Information, Verbreitung und Unterhaltung unserer Feldkämpfer Genossen ist eine neue Zeitschrift, die „Sozialdemokratische Feldpost“ erschienen. Diese soll zunächst wöchentlich, völlig kostenlos an alle Mitglieder von Militärgenerationen in der Hauptstadt an die Mitglieder der Organisation gesandt werden. Die dem J. M. Berlin 22, 68, Lindenstr. 2, für diesen Zweck gemietet werden. Zur Zustellung werden drei Abonnements zum Preise von 2 Mk. für die ersten 20 Nummern ent-geltemacht. Der Verlag hofft, die nötigen Mittel für dieses neue Unternehmen auch weiter von Freunden der Sache, Kameraden und Genossen zu erhalten. Besonders werden die Organisationskomitees ersucht, umgehend alle ihnen zur Verfügung stehenden Adressen ihrer Mitglieder an die obige Adresse zu über-mitteln.

Kriegs... Es wird sehr viel von der erhöhten Kriegs-... gesprochen, aber in Wirklichkeit ist... nicht recht wenig. Vielleicht kann man es wohl verstehen, wenn jemand die hochgehende Trommel des Wartens nicht weiter hören will, im Sinn der Kriegszeit in es aber nicht. Vielleicht würde sich ändern zu einer anderen Ansicht beziehen, wenn er die Kampfmethoden verschiedener Gemische kennen würde, die das An-gewandte mit dem Künftigen verbunden, z. B. den Kolonialstil, die blumenschöne Mode, den spanischen Mars usw. Diese Schmach-zeichen der Gemische werden in ausstrahlender Weise... in... von „Dons Gärten, Feld“... Verlagsband... 6 Seiten, Preis 75 Pf., aus dessen Inhalt die „Gemische und Landvolk im Mai“ und „Kutter, Pflanz und Stall bei der Ziegenzucht“ noch besonders hervorgehoben sind.

**Es sind noch einige
Original-Einbanddecken**
zu haben für
„Die Gewerkschaft“ und „Die Sanitätswarte“
Gediegene Ausstattung in grünem Stoffbezug
Cadenpreis 1 Mark, für Mitglieder 75 Pfennig
Bestellungen an die Filialkassierer erbeten. Einzelmit-
glieder und Abonnenten können direkt beim Verbands-
vorstand, Berlin W., Winterfeldstraße 21, bestellen.

Organisation.

Man kann's schon fast nicht mehr begreifen;
Erlasse gibt es, kurz und hoch
und breit und lang, wie Ergeßreifen —
und doch, du lieber Gott, und doch
Da steht das Kleininstrumente:
die Tasten glänzen schwarz und weiß,
der Klavierbalg faucht ohne Ende
und doch . . . es kommt nicht ins Geleis.
Und doch entzündet der Toneliste
noch allseitig sein Trostchoral
So kommt denn, starker Orgaunist,
leg dich ins Zeug und tritt Pedal
„Notatäsch“ im „Stimpl“.

Totenliste des Verbandes.

- | | |
|--|---|
| A. Arendt, Frankfurt a. M.
Katernenanzünder
† 2. 5. 1916, 66 Jahre alt. | Reinhold Maurek, Berlin
Gasarbeiter
† 25. 5. 1916, 61 Jahre alt. |
| August Barthel, Leipzig
Straßenreingerätnalide
† 12. 6. 1916, 60 Jahre alt. | Johann Niklas, Heilbronn
Tagelöhner
† 23. 5. 1916, 73 Jahre alt. |
| Anton Bäumel, Freising
† 48 Jahre alt. | J. Reichberger, Heilbronn
Tagelöhner
† 27. 5. 1916, 82 Jahre alt. |
| Friedrich Bumann, Wismar
Kasernenarbeiter
† 9. 5. 1916, 44 Jahre alt. | Christ. Reichert, Heilbronn
Tagelöhner
† 23. 5. 1916, 66 Jahre alt. |
| Katharina Erll, Heilbronn
Stadtbad-Wärterin
† 21. 4. 1916, 68 Jahre alt. | Josef Riedmeier, München
Straßenbauarbeiter
† 27. 5. 1916, 57 Jahre alt. |
| Max Heuribi, München
pensionierter Gasarbeiter
† 23. 5. 1916, 52 Jahre alt. | Gottlieb Stok, Breslau
Arbeiter
† 27. 5. 1916, 54 Jahre alt. |
| Wilhelm Krüger, Berlin
Gasarbeiter
† 21. 5. 1916, 46 Jahre alt. | Julius Stulle, Stuttgart
Zentralide-Bastierwerk
† 24. 5. 1916, 74 Jahre alt. |
| Joh. Friedr. Lampe, Bremen
† 20. 3. 1916, 51 Jahre alt. | G. Falke, Bremen
† 25 Jahre alt. |
| Anton Moser, München
Straßenbauarbeiter
† 27. 5. 1916, 65 Jahre alt. | Berta Wasmair, München
Kupfer am Amt-gericht
† 22. 5. 1916, 40 Jahre alt. |



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

- | | |
|---|--|
| J. Blacynski, Wilmersdorf
am 8. April 1916 im Alter von
31 Jahren gefallen. | Hermann Zmann, Berlin
am 11. April 1916 im Alter von
34 Jahren gefallen. |
| Johann Bohlmann, Bremen
am 7. August 1915 im Alter von
41 Jahren gefallen. | Albert Jochen, Berlin
am 24. April 1916 im Alter von
40 Jahren gefallen. |
| Ewald Dornig, Dresden
am 22. Mai 1916 im Alter von
29 Jahren im Westen gefallen. | Johann Mau, Kaiserslautern
am 18. April 1916 im Alter von
22 Jahren in Frankreich gefallen. |
| Adolf Haf, Kiel
am 19. Mai 1916 im Alter von
36 Jahren in Frankreich gefallen. | H. Volkstein, Stralsburg i. E.
im Alter von 35 Jahren in
Ausland gefallen. |
| G. Jankhen, Weserhauderfehn
am 4. Mai 1916 im Lazarett
verstorben. | Heinrich Thale, Bremen
am 10. März 1916 im Alter von
30 Jahren gefallen. |

Ehre ihrem Andenken!

Verlag. In Streitung des Berichts über die Gewerkschaften...
Verlag. In Streitung des Berichts über die Gewerkschaften...
Verlag. In Streitung des Berichts über die Gewerkschaften...